

**Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE****Stromabschaltungen und soziale Spaltung**

Millionen von US-Amerikanerinnen und US-Amerikanern an der Ostküste waren nach dem Hurrikan „Sandy“ ohne Stromversorgung, teilweise eine Woche lang. In Bremen und Bremerhaven sind jährlich Tausende von Bürgerinnen und Bürgern auch ohne Hurrikan ohne Strom. Vor mehreren Jahren wurde berichtet, dass in der Stadtgemeinde Bremen jährlich 8 000 Haushalten der Strom abgeschaltet wird wegen offener Rechnungen. Bundesweit finden jährlich ca. 800 000 Stromabschaltungen statt. Hauptsächlich einkommensschwache Familien, viele darunter Hartz IV Bedarfsgemeinschaften, sind davon betroffen. Der zu erwartende weitere Anstieg der Energiepreise infolge der Energiewende, bei der die Bundesregierung stromintensive Konzerne entlastet und private Haushalte belastet, kann diese Situation weiter zuspitzen.

Wir fragen den Senat:

1. Wie vielen Haushalten wurde in den Jahren 2008 bis 2012 der Strom abgeschaltet? Bitte aufschlüsseln nach Jahren und nach Bremen bzw. Bremerhaven.
2. Wie verteilen sich die Stromabschaltungen auf die einzelnen Stadtteile?
3. Welche Haushaltsgruppen sind hauptsächlich betroffen? Bitte aufschlüsseln nach Haushaltsgröße und anderen Sozialindikatoren, soweit bekannt.
4. Welche Informationen zu Stromabschaltungen bei Hartz IV Bedarfsgemeinschaften liegen vor? Bitte aufschlüsseln nach Bremen und Bremerhaven.
5. Welche Hilfe können Hartz IV Empfängerinnen/Empfänger bei Stromabschaltungen von den Jobcentern bekommen? Unter welchen Bedingungen streckt das Jobcenter das Geld zur Begleichung der offenen Stromrechnungen vor, damit die Betroffenen schnellstmöglich wieder zu Strom kommen? Gegebenenfalls bitte unterscheiden nach Bremen und Bremerhaven.
6. Wie bewertet der Senat die Idee einer „Strom-Flatrate“, bei der ein, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent kostenlos abgegeben, darüber hinausgehender Stromverbrauch dagegen deutlich teurer als bisher tarifiert wird?
7. Wie bewertet der Senat die Versorgung mit Strom hinsichtlich des Grundrechts auf Existenzsicherung und Teilhabe?
8. Wie bewertet der Senat die Bedeutung der Versorgung mit Strom hinsichtlich der Versorgung mit Heizung? Inwieweit besteht auch für Mieter die Gefahr, dass bei Stromabschaltung die Heizanlage nicht mehr betrieben werden kann?
9. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, Stromabschaltungen zu verbieten? Wäre dies auch per Landes- oder Ortsgesetz möglich?
10. In welcher Weise setzt sich der Senat in der Trägerversammlung des Jobcenters oder in anderer Weise gegenüber den Jobcentern dafür ein, dass Stromabschaltungen bei Hartz IV Bedarfsgemeinschaften vermieden werden, und dass Hartz IV Bedarfsgemeinschaften bei Stromabschaltungen schnell wieder zu Strom kommen?

11. In welcher Weise setzt sich der Senat als (wenngleich minimaler) Gesellschafter der swb dafür ein, dass Stromabschaltungen vermieden werden?
12. In welcher Weise setzt sich der Senat als Gesellschafter der swb dafür ein, dass soziale Strompreise, etwa in Form einer Flatrate oder eines Sozialtarifs, eingeführt werden?
13. In welcher Weise setzt sich der Senat generell gegenüber den Stromversorgern dafür ein, dass Stromabschaltungen vermieden werden?
14. Was kann eine Rekommunalisierung der Energienetze dazu beitragen, dass soziale Ungleichheit durch steigende Strompreise und/oder soziale Härten durch Stromabschaltungen vermieden oder minimiert werden?
15. Was kann eine Rekommunalisierung der Energieversorger dazu beitragen, dass soziale Ungleichheit durch steigende Strompreise und/oder soziale Härten durch Stromabschaltungen vermieden oder minimiert werden?
16. Liegen Erkenntnisse bezüglich eines unterschiedlichen Vorgehens privater und öffentlicher Stromanbieter in der Frage von Stromabschaltungen vor?
17. Welche Informationen liegen über Stromabschaltungen infolge von Insolvenz, Nichtzahlung oder Nichterreichbarkeit des Wohnungseigentümers, insbesondere bei Wohnungsbaugesellschaften im Besitz von spekulativ operierenden Anlegern vor? Welche Möglichkeiten haben die betroffenen Mieter, in solchen Fällen ihre Stromversorgung zu sichern? Welche Möglichkeiten hat der Senat, in solchen Fällen einzugreifen?
18. Wie sind die Ausgaben für Strom aktuell in den Hartz Regelsätzen kalkuliert? Hält der Senat diese Beträge für realistisch, um die gestiegenen und perspektivisch weiter steigenden Kosten für den Bezug von Strom zu decken?

Claudia Bernhard, Peter Erlanson,  
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE